

MUSIK:

(Tobacco-Lied) - „tobaco...tobaco...tobaco“

ZITAT: (Oviedo y Valdés 1529)

„Der Kazike brachte ein Bündel mit Tabakblättern, zusammengerollt und – gehalten von zwei oder drei dünnen Fasern.“

SPRECHER:

Beobachtete der spanische Chronist Oviedo y Valdés 1529 auf den Antillen.

ZITAT: (Oviedo y Valdés 1529)

„Sie zogen den Rauch kurz ein und hielten dann den Mund geschlossen. Sie atmeten dann aus und der Rauch quoll aus Mund und Nase.“

O-TON: (Eduardo Bianco)**ÜBERSETZER:**

„Der Tabak stammt aus Amerika. Sie nahmen ihn mit nach Europa, weil sie glaubten, dass er Krankheiten wie beispielsweise die Migräne der Caterina de Medici heilen könne. Rauchen bedeutete Heilung. Welch Widersinn!“

MUSIK:

(Tobacco-Lied) - „tobaco...tobaco...tobaco“

O-TON: (Eduardo Bianco)**ÜBERSETZER:**

„In einem Land von etwa dreieinhalb Millionen Einwohnern verursacht der Tabakkonsum jährlich etwa fünftausend Tote.“

O-TON: (Patricia Sosa)

ÜBERSETZERIN:

„Meine Bewunderung gilt den Uruguayern. Sie haben in Lateinamerika eine führende Rolle bei der Kontrolle des Tabakkonsums übernommen.“

O-TON: (Regina Rebmann)

„Wir haben's ja alle nicht so ernst genommen. Ich selbst sagte auch: das geht nicht, das kriegen die nicht durch.“

MUSIK:

(Tobacco-Lied) - „tobaco...tobaco...tobaco“

ANSAGE:

David Uruguay versus Goliath Philip Morris.
Kleines Land stellt sich gegen Tabakriesen.
Ein Feature von Karl-Ludolf Hübener.

O-TON: (Tabaré Vázquez)

ÜBERSETZER:

„Ein Multi, mit den Initialen Philip Morris, droht uns mit Verfahren und anderem Unheil, um ein abschreckendes Exempel zu statuieren.“

SPRECHER:

Empörte sich Tabaré Vázquez, Ex-Präsident Uruguays. In seiner Amtszeit wurde das strengste Anti-Tabak-Gesetz des amerikanischen Kontinents verabschiedet. Wie eine Bombe schlug die milliardenschwere Klage des größten Tabakkonzerns der Welt gegen das kleine Uruguay ein. Das Unternehmen ist überzeugt, dass die Anti-Tabak-Gesetzgebung Uruguays seine Eigentumsrechte verletzt. Mancher Politiker fühlte sich an den Kampf David gegen Goliath erinnert.

O-TON: (Tabaré Vázquez)

ÜBERSETZER:

„Ich antworte mit dem elegantesten Wort, das mir gerade einfällt: Sie erpressen uns!“

ATMO: (Tabaré Vázquez - Siegesfeier)

SPRECHER:

2004 hatte Tabaré Vázquez als Kandidat der linken „Frente Amplio“, der „Breiten Front“ die Präsidentschaftswahlen in Uruguay gewonnen. Von „Cambio“, von Wandel war nun die Rede. Die wenigsten Wähler dachten dabei wohl weniger an Zigaretten und Qualm, sondern eher an tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Reformen.

MUSIK: (Carlos Gardel: „Fumando espero“)

ZITAT:

„...Rauchen ist ein Vergnügen,
geistvoll und sinnlich...“

O-TON: (Tabaré Vázquez)

ÜBERSETZER:

“Die Menschen waren früher gleichgültig gegenüber der Problematik der Nikotinvergiftung. Es galt jener alte Tango-Text aus dem Jahre 1922: Rauchen ist geistvoll und sinnlich.“

SPRECHER:

Damit hat sich Tabaré Vázquez nie abfinden wollen. Er ist Arzt, Krebspezialist und entschiedener Gegner des Tabakkonsums.

O-TON: (Tabaré Vázquez)

ÜBERSETZER:

„Als Präsident der Republik, als Arzt und Bürger, konnte ich nicht gleichgültig gegenüber einem gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problem bleiben.“

SPRECHER:

Mit einer Reihe von Dekreten packte er das Problem an - am 31. Mai 2005, dem von Weltgesundheitsorganisation weltweit ausgerufenen „Tag ohne Tabak“. Er berief sich auf die Anti-Tabak-Konvention der Weltgesundheitsorganisation WHO. Die 192 Mitgliedsstaaten der WHO hatten 2003 die erste Konvention zum weltweiten Kampf gegen das Rauchen verabschiedet. Ohne Gegenstimmen. Als „skrupellosen Feind“ hatte Margaret Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation, die Tabakindustrie gebrandmarkt.

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Uruguay ist Spitzenreiter in Lateinamerika, wenn es um Tote durch Lungenkrebs geht. Es ist die Krebsart, die am meisten Tote verursacht. 90 Prozent der Krebstoten ist auf Tabakkonsum zurückzuführen.“

SPRECHER:

Eduardo Bianco ist Arzt und Präsident von CIET, dem „Zentrum zur Untersuchung der Epidemie des Tabakkonsums“. CIET ist eine Nichtregierungsorganisation und warnt mit wissenschaftlichen Studien vor den Gefahren der Nikotinsucht. Sie unterstützt die Regierung in ihrem Kampf für mehr Gesundheit.

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Im Jahre 2003, 2004 haben wir eine Rechnung aufgestellt : Wie viel Geld nimmt der Staat durch die Tabaksteuer ein? Wie viel Kosten verursachen vier Krankheiten, die auf Tabakkonsum zurückzuführen sind? Ergebnis: Es wurde mindestens das

Doppelte für Behandlungen ausgegeben! Dabei sind die Folgen von Behinderungen noch nicht einmal einkalkuliert.“

SPRECHER:

Präsident Tabaré Vázquez beließ es nicht bei Dekreten. 2008 ließ er ein Gesetz verabschieden, das als das strengste Anti-Tabak-Gesetz auf dem Subkontinent gilt.

O-TON: (Tabaré Vázquez)**ÜBERSETZER:**

“Es ist verboten, in allen geschlossenen öffentlichen Räumen, am Arbeitsplatz, in Gesundheitsstationen und Erziehungszentren zu rauchen. Uruguay verwandelte sich so zum siebten Land auf der Welt und zum ersten Land in Amerika, das frei von Tabakrauch war.“

ATMO: (Restaurant Bacacay)**O-TON:** (Regina Rebmann, deutsch)

„Och, wir standen nur im Nebel. Also, man kann das heute überhaupt nicht mehr nachvollziehen. Alle Kunden haben geraucht. An der Theke haben sie auf uns, die wir hinter der Theke standen, geraucht.“

SPRECHER:

Regina Rebmann, von allen „Reggie“ genannt, lebt seit über dreißig Jahren in Montevideo. Sie führt seit fast zwanzig Jahren das „Bacacay“, ein Café und Restaurant gegenüber dem Stadttheater.

ATMO: (Restaurant Bacacay)**O-TON:** (Regina Rebmann, deutsch)

„Und es war nur Qualm! Und das bei geschlossenen Fenstern im Winter. Ich weiß überhaupt, wie wir überlebt haben (lacht)“

SPRECHER:

Reggie erinnert sich noch an den Tag, als das Rauchverbot wirksam wurde.

O-TON: (Regina Rebmann, deutsch)

„Ich war völlig überrascht. Hätte nie gedacht, dass das funktioniert. Also es wurde viel protestiert und es wurde...: Ja, da kann man überhaupt nicht mehr weggehen und: macht ja keinen Spaß mehr und da kann auch nicht mehr trinken und so...“

ATMO: (Restaurant /Bacacay)**O-TON:** (Regina Rebmann, deutsch)

„Da kam das Dekret dann. Und ab 12 Uhr wurde das dann durch gesetzt. Und der Restaurantbesitzer – oder ich in dem Fall – hätte damals ne Strafe aufgebracht gekriegt von 30.000 Pesos. Das waren also so 1.500 Dollar.“

SPRECHER:

Wie ernst es gemeint war, bekam ein Restaurantbesitzer zu spüren. Vor laufenden Fernsehkameras hatte er sich eine Zigarette angezündet und lauthals verkündet: das ist mein Lokal, mein Besitz und da kann ich machen, was ich will. Die Strafe folgte auf dem Fuße.

O-TON: (Winston Abascal)**ÜBERSETZER:**

„Die Mindeststrafe liegt bei 1.000 Dollar, die Höchststrafe bei 10.000 Dollar. Das gilt für jedes Lokal oder Geschäft. Bei einer zweiten Gesetzesübertretung kann das Geschäft geschlossen werden.“

SPRECHER:

Erklärt Winston Abascal, Direktor im Gesundheitsministerium und verantwortlich für das Antitabak-Programm.

MUSIK

O-TON: (Eduardo Bianco)

SPRECHER:

Sagt Eduardo Bianco, Präsident von CIET.

ÜBERSETZER:

„Rauchen war ein Symbol der Rebellion, ein Symbol der Reife, ein Symbol der Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Diese Symbole hat die Tabakindustrie sehr intelligent in Werbung und Marketing eingesetzt.“

SPRECHER:

Reggie war fünf Jahre alt. Da hat sie schon gewusst, dass sie sich irgendwann einen Glimmstängel anstecken würde, erzählt sie.

O-TON: (Regina Rebmann, deutsch)

„Auf der Autobahn, am Flughafen immer an der gleichen Stelle hat mein Vater eine Zigarette angemacht mit Zigarettenzünder im Auto. Und das war für mich der absolut himmlischste Moment überhaupt. Das war so lecker (lacht) und ich wusste, dass ich auf jeden Fall irgendwann mal rauche, so früh wie möglich und auch am Zigarettenzünder meine Zigarette anzünden werde im Auto. Also, rauchen war das höchste der Gefühle.“

O-TON: (Winston Abascal)

ÜBERSETZER:

„In Uruguay greift 80 Prozent der Raucher vor dem 18. Lebensjahr zur ersten Zigarette. Selten, dass jemand nach dem 20, 25 Lebensjahr erstmals raucht. Wenn der Heranwachsende mit seinen 13, 14 Jahren neue Dinge im Leben ausprobiert, ist die Industrie präsent. Viele werden dann abhängig, ohne dass jemand sie schützt.“

SPRECHER:

Unter der Jugendlichen in Uruguay wird weniger geraucht. Es ein Erfolg der Antitabak-Politik. 2003 rauchten noch dreißig Prozent der Jugendlichen, 2011 nur noch 11 Prozent.

O-TON: (Eduardo /Bianco)

ÜBERSETZER:

„Die Tabakwerbung, der leichte Zugang zur billigen Zigarette, die überall gekauft werden konnte und überall geraucht werden durfte, erleichterte den Konsum.“

SPRECHER:

Die Tabaksteuer wurde in Uruguay kräftig angehoben, Aufschriften wie „light“, „mild“ und „ultralight“ verboten. Jeder Tabakfabrikant durfte nur noch eine Marke auf den Markt werfen.

O-TON: (Tabaré Vázquez)

ÜBERSETZER:

„Gesundheitswarnungen müssen auf allen Tabakschachteln und –packungen angebracht werden. Sie müssen deutlich und lesbar sein und vorher vom Gesundheitsministerium genehmigt werden.“

ATMO: (Kiosk in Montevideo)

O-TON: (Roberto Bernado Wilson)

SPRECHER:

Ein Kiosk in der Nähe des Busbahnhofs in Montevideo. Roberto Bernado Wilson ist der Besitzer, kahl geschoren, und mit einem schwarzen T-Shirt bekleidet. Süßigkeiten, Schokolade, Kekse, belegte Brote, Kaugummi, Bierdosen und Zigaretten werden verkauft.

Über dem gläsernen Tresen hängt eine Leuchtreklame. Das Gesicht eines kleinen Jungen verschwindet fast hinter einer Atemmaske. Das Gesicht ist blass, dunkle Schatten haben sich unter den Augen gebildet. Daneben in Großbuchstaben:

ZITAT:

„Tabakrauch macht deine Kinder krank!“

SPRECHER:

Aber keiner der Kunden sieht auch nur einmal auf. Die Leute sind daran gewöhnt, meint Roberto. Wer süchtig sei, ließe sich dadurch nicht vom blauen Dunst abhalten. Auch nicht durch schockierende Bilder auf den Zigarettenschachteln: Beispielsweise verfaulte schwarze Zahnstummel, darüber der Spruch: „Wer raucht, stinkt“. Ob die Horrorbilder von Dahinsiechenden beim Raucher Wirkung zeigen, darüber gehen die Meinungen auseinander.

O-TON: (Roberto Bernado Wilson)**ÜBERSETZER:**

„Ich glaube, der Staat hat den richtigen Weg eingeschlagen. Und im Allgemeinen ist die öffentliche Meinung damit einverstanden, dass etwas gegen Zigaretten unternommen wird. Das gilt auch für Raucher, auch wenn sie meckern, wenn sie mehr bezahlen müssen, weil der Preis erhöht wurde. Das ist aber auch schon alles. Sie sagen nicht: Diese Regierung sollte man nie mehr wählen, weil sie gegen Zigaretten sind. Jeder weiß doch, auch wer qualmt, dass Schaden angerichtet wird.“

SPRECHER:

Die Tabakindustrie blieb nicht untätig. Sie machte ihren Einfluss geltend: bei Ärzten, Journalisten, Politikern und Anwälten. Dennoch wurde die Werbung für Tabakprodukte zunächst eingeschränkt, dann ganz verboten. Ein empfindlicher Schlag gegen Werbe- und Tabakindustrie. Es traf vor allem den heimischen Marktführer „Monte Paz“, aber auch den weltweit größten Hersteller von Zigaretten: Die Firma „Philip Morris“ begann den Tabakhandel bereits 1847. „Marlboro“ ist die

meistverkaufte Zigarette in der Welt. Daneben sind unter anderem noch im Angebot: „L&M“, „Chesterfield“, „Philip Morris“, „Fortune“, „Parliament“ und „Bond Street“.

MUSIK

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Werbung hat das Rauchen vor allem zu einer ganz normalen Tätigkeit gemacht und mit Glamour versehen. Die Zigarette war ständig präsent: ob am Arbeitsplatz, im Restaurant, in der Bar, einfach überall in der Gesellschaft. So auch in Filmen.“

MUSIK

SPRECHER:

Wer erinnert sich nicht an ältere Filme, in denen Schauspieler wie Schlote rauchten und sich eine Zigarette nach der anderen ansteckten. Auch im Bett, wie in einem Tango-Lied:

MUSIK: (Libertad Lamarque: „Fumando espero“)

ZITAT:

“Meine Zigarette ist etwas ganz Besonderes,
welch ein Geruch, mein Herr,
nach Getümmel
und Explosion in der Liebe
ist eine Zigarette
immer entspannend...”

SPRECHER:

In den fünfziger Jahren erschienen die ersten Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Rauchen und Lungenkrebs nachwiesen. Da führte die Tabakindustrie Filterzigaretten ein.

O-TON: (Winston Abascal)**ÜBERSETZER:**

„Da warf die Tabakindustrie eine erste Serie von „light“, und danach die „ultralight“ auf den Markt. Mehr Öffnungen wurden in die Filter eingebaut. Wenn der Raucher nun inhalierte, atmete er mehr Luft ein und verdünnte den Konsum gewissermaßen, das heißt die Menge von Nikotin, die in den Organismus eindrang. Das war aber nichts anderes als eine Täuschung hoch zwei, denn dadurch reduzierte sich der Konsum keineswegs, sondern erhöhte sich sogar, denn der Raucher brauchte ja seine Dosis. Er raucht dann eben mehr.“

SPRECHER:

Renommierte Wissenschaftler werfen den Zigarettenherstellern vor, sie hätten die gesundheitsschädigende Wirkung von Zusatzstoffen kleingeredet. Es handelt sich um krebserregende Chemikalien wie Arsen, Cadmium, Blei und Formaldehyd. Greenpeace geißelte Philip Morris als besonders verantwortungslos gegenüber Mensch und Umwelt. Der Konzern stelle Profit vor Gesundheit. „Philip Morris“ sieht das anders, warnt aber auf seiner Website durchaus vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Rauchens:

MUSIK**ZITAT:**

„Rauchen führt zu schwerwiegenden Erkrankungen und macht süchtig.“

SPRECHER:

Sanfte Klänge untermalen die „Tradition des Spendens“, wie es auf der Website der Tabakgiganten heißt. Bemüht um ein positives Image, engagiert sich Philip Morris seit einiger Zeit mit Millionen-Spenden in verschiedenen sozialen Initiativen: In der Hunger- und Armenhilfe, Erziehung und Bildung, Katastrophenhilfe und im Umweltschutz.. Als sich die Amtszeit von Präsident Tabaré Vázquez dem Ende zu neigte, „kam der Wolf nun nicht mehr im Schafsfell daher, er fletschte nun seine Zähne,“ so sieht das Margaret Chan von Weltgesundheitsorganisation.

Eduardo Bianco:

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Fünfzehn Tage vor seinem Ausscheiden, reicht Philip Morris eine Klage beim Internationalen Schiedsgericht ein. Als Basis dient der bilaterale Investitionsschutz-Vertrag zwischen der Schweiz und Uruguay.“

SPRECHER:

Der Grund: Philip Morris International Management hat seine Operationsbasis in der Schweiz. „Philip Morris“ erhob schwere Vorwürfe gegen Uruguay: Als „irrational“ bezeichnete der Konzern in seiner Klageschrift die Antitabak-Gesetzgebung Uruguays. Die Gesundheitswarnungen müssten achtzig Prozent der Verpackungsgröße bedecken. Da bleibe zu wenig Platz für Markenzeichen und Herstellernamen. Das Unternehmen müsste Bilder veröffentlichen, „die Ekel gegenüber dem Produkt erzeugen“, heißt es in der Klageschrift. Dem Unternehmen sei zudem verboten, mehr als eine Zigarettenmarke anzubieten. Das alles komme einer direkten oder indirekten Enteignung gleich, ohne eine „angemessene Entschädigung“ zu zahlen. Eduardo Bianco ist überzeugt, dass mehr hinter der Klage steckt:

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Es sollte ein Exempel statuiert werden – als Warnung an die übrigen unterentwickelten Länder, auch an die übrige Welt: Wer es wagen sollte, dem Beispiel Uruguays zu folgen, wird mit derselben Reaktion rechnen müssen.“

SPRECHER:

Das wäre in dem Fall der Nachfolger von Tabaré Vázquez im Amt des Staatspräsidenten.

ATMO: (Wahlkampf Pepe Mujica)

SPRECHER:

„Pepe“ Mujica, ein ehemaliger Tupamaro-Guerrillero, siegte 2009 als Präsidentschaftskandidat der „Frente Amplio“, der „Breiten Front“.

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Das war ein strategisch geschickt gewählter Moment, nicht nur weil der starke unnachgiebige Mann ging, sondern auch weil ein neuer Präsident das Amt übernahm, dessen Profil in vieler Hinsicht nicht unterschiedlicher sein kann – ohne zu entscheiden, was besser oder schlechter ist. Es ist ein Mann, der sehr viel vom Dialog hält.“

SPRECHER:

Pepe Mujica schwankte, wollte wohl eine friedliche Einigung mit dem Gegner finden. Verhandlungen begannen. In den Medien erschien bald die Meldung: die Regierung würde ihre Maßnahmen flexibilisieren, um ein Schiedsverfahren mit Philip Morris zu vermeiden.“

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Wenn man die Größe der Gesundheitswarnung von 80 auf 65 Prozent reduzierte, würde Uruguay international gesehen immer noch das Land mit der größten Warnung auf der Zigarettenschachtel sein. Wenn man zudem die Bilder auf der Zigarettenschachtel ein wenig entschärfen und ein paar Marken mehr zulassen würde, könnte ein möglicherweise kostspieliger Schiedsspruch vermieden werden. In den Massenmedien wurde deshalb die Meldung lanciert: Uruguay würde 300 Millionen Dollar oder gar zwei Milliarden Dollar verlieren.“

SPRECHER:

Wenn es den Prozess verlöre. Solche Summen mögen für Länder, die für Banken Rettungsschirme von Hunderten von Milliarden Euro aufspannen, „Peanuts“ sein. Für ein Land wie Uruguay mit einem jährlichen Haushalt von etwas mehr als 12 Milliarden Dollar wäre es eine schwere Belastung.

MUSIK

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Ein politischer Sturm erhob sich. Es kam sogar zu einer Konfrontation zwischen dem ehemaligen und dem gegenwärtigen Präsidenten, die beide demselben politischen Parteienbündnis angehören. Glücklicherweise sprachen sie miteinander und verständigten sich.“

SPRECHER:

Pepe Mujica, der neue Präsident, schwenkte auf die unnachgiebige Haltung seines Vorgängers ein. Er wankte auch nicht, als Philip Morris später die Fabrik in Montevideo schloss und der öffentliche Druck so stieg.

Pepe Mujica:

O-TON: (Pepe Mujica)

ÜBERSETZER:

„Unser Anliegen ist ein moralisches. Sie haben viel Geld und Ressourcen, aber sie verfechten eine unmoralische Sache. Wir kämpfen für die Gesundheit der Menschen und gegen ein schlimmes Laster.“

SPRECHER:

Der Kampf, wie es Pepe Mujica nennt, wird inzwischen von zahlreichen Regierungen und sozialen Bewegungen im In- wie im Ausland unterstützt.

ATMO: (Flugzeug / USA)

O-TON: (Michael Bloomberg)

ÜBERSETZER:

„Wenn der gegenwärtige Trend anhält, könnten in diesem Jahrhundert bis zu einer Milliarde Menschen an der Nikotinsucht sterben. Das ist die fürchterliche Wahrheit. Aber es gibt noch eine andere Wahrheit: alle diese Toten können vermieden werden. Nicht ein einziger Toter muss sein.“

SPRECHER:

Michael Bloomberg ist nicht nur Bürgermeister von New York. Der Milliardär hat 2006 eine „Initiative gegen das Rauchen“ gegründet. Er hat dafür fast 400 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

O-TON: (Patricia Sosa)

ÜBERSETZERIN:

“Der Grund war die Erkenntnis, dass Länder allein auf sich gestellt nicht mit dieser Herausforderung fertig werden, weil diese Industrie zu groß und mächtig ist.“

SPRECHER:

Patricia Sosa ist Direktorin des Lateinamerika-Programms von "TobaccoFreeKids". Die Privatinitiative wird mit Bloomberg-Geldern gefördert. Sie soll Kinder vom Rauchen abhalten oder ermutigen, mit dem Rauchen aufzuhören. Hohe Steuern auf Tabakprodukte sollen dabei helfen.

O-TON: (Patricia Sosa)**ÜBERSETZERIN:**

„Billige Zigaretten, die sich besonders junge Leute leisten können, sind für die Industrie äußerst wichtig, weil ihre Konsumenten sterben und daher ständig neue Kunden verführt werden müssen. Geradezu ideal ist es, sie zu ködern, wenn sie noch jung sind. Dann werden sie ihr Leben lang Konsumenten bleiben. Junge Leute sind also noch profitabler für die Industrie. Neben der Werbung gehört deshalb die Preispolitik zu den Schlüsselstrategien der Konzerne.“

MUSIK**ZITATOR:**

Die sechs führenden Tabakkonzerne machten allein im Jahre 2010 35 Milliarden Dollar Gewinn.

O-TON: (Michael Bloomberg)**ÜBERSETZER:**

„Wir müssen unsere Anstrengungen auf die Gegenden konzentrieren, in denen die meisten Raucher leben. Dort wo die Tabakindustrie ihre zerstörerischen Taktiken am intensivsten anwendet.“

SPRECHER:

In der westlichen Welt gilt rauchen inzwischen bei sehr vielen als verpönt. Der Absatz von Zigaretten sinkt. Die Tabakkonzerne machen sich in anderen Teilen der Erde auf die Suche nach neuen Kunden. Vor allem Lateinamerika und Asien haben sie im

Visier. Das „Handelsblatt“ hat einen „Nikotinrausch in Asien“ ausgemacht: „In Fernost steigen die Absätze.“ Michael Bloomberg konzentriert sich bei seinen Anstrengungen auf Länder mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Dort leben mehr als zwei Drittel aller Raucher. Bloomberg rief den uruguayischen Präsidenten an.

O-TON: (Patricia Sosa)

ÜBERSETZERIN:

“Entschieden wurde, Uruguay und seiner Regierung auf jede mögliche Art und Weise zu helfen. Mit Ressourcen, legaler Unterstützung, all das was notwendig ist, um eine starke Position zu erreichen, damit Uruguay Philip Morris die Stirn bieten kann.“

SPRECHER:

Philip Morris hat seine Klage beim „Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitfällen“ in Washington, kurz ICSID genannt, eingereicht. Damit rückt eine Organisation in den Vordergrund, die vielen – auch Politikern – unbekannt ist, deren Entscheidungen aber weitreichende Folgen haben.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

“Das ist schon ein sehr, sehr obskurer Verein.“

SPRECHER:

Urteilt spontan Brian Dunning, Rechtsanwalt und Sozius der Anwaltskanzlei „Venable“ mit Büros in Washington und New York. Einer der wenigen, der zu einem Interview über die Rolle von ICSID bereit ist. Die Bitte um ein Interview mit einem Verantwortlichen von ICSID wurde per Telefon und Mail mehrfach glatt abgelehnt: „We must decline“, „Wir müssen ablehnen“.

ATMO: (Zugfahrt Ansage / USA)

SPRECHER:

Ein letzter Versuch. Fahrt nach Washington zur Weltbank, wo ICSID untergebracht ist. Doch am gut bewachten Eingang blockiert die Frage – Haben Sie einen Gesprächstermin? – den unerwünschten Eindringling. Viele Anwaltskanzleien sind nach Washington gezogen. Die Streitfälle in ähnlichen Fällen häufen sich. Aber immer wieder heißt es in den Kanzleien höflich, aber bestimmt: nein, bestenfalls werden Informationen und Einschätzungen „off the records“ angeboten – also ohne Mikrofon. Doch kurz vor meiner Abreise und nach unzähligen weiteren Telefonaten erklärt sich Brian Dunning zu einem Interview bereit. Der Anwalt hat bereits lateinamerikanische Länder vertreten und ist ein Kenner der Region und des Schiedsgerichts.

O-TON: (Brian Dunning)**ÜBERSETZER:**

„Die Anfänge der ICSID-Schiedsverfahren gehen auf die 60er Jahre zurück, als Unternehmen aus der entwickelten Welt begannen, stark in aufstrebende Märkte zu investieren. Eine der größten Ängste der Unternehmen war jedoch: Was passiert, wenn die Regierung meiner Investition Schaden zufügt?“

SPRECHER:

Tiefes Misstrauen gegenüber Gerichten in der Dritten Welt existiert noch heute. Führende Wirtschaftsnationen gründeten deshalb 1966 eine zentrale Schiedsstelle: ICSID. Heute sind über 150 Länder Mitglied. Auch aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Viele Regierungen in der Dritten Welt bissen in den sauren Apfel. Oft notgedrungen verzichteten sie darauf, Streitfälle wie früher vor nationalen Gerichten zu verhandeln. Nicht ohne Grund wie Patricia Sosa von „TobaccoFreeKids“ in Washington erklärt:

O-TON: (Patricia Sosa)

ÜBERSETZERIN:

“ICSID ist sehr eng mit der Weltbank verbunden. Da sie von der Weltbank Kredite und andere finanzielle Vorteile erhalten, haben viele Länder eingewilligt, sich der Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu beugen.“

SPRECHER:

ICSID ist bei der Weltbank angesiedelt und zählt zur Weltbankgruppe. Die Gruppe ist untereinander auch personell verflochten. Der Generalsekretär wird von Jahreshauptversammlung der Weltbank gewählt.

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„Der Vizepräsident der Weltbank ist gleichzeitig Generalsekretär von ICSID.“

SPRECHER:

Stellt Guillermo Sullings fest. Er ist Sprecher der „Humanistischen Bewegung“ in Buenos Aires, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für menschliche Entwicklung, Toleranz und eine Welt ohne Gewalt einsetzt.

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„ICSID ist so etwas wie eine Rückversicherung. Es soll verhindert werden, dass Investitionsverträge geändert werden. Wer es dennoch versucht, dem drohen wirtschaftliche Sanktionen, so dass man besser die Finger davon lässt.“

MUSIK

SPRECHER:

Die Weltbank fördert Privatinvestitionen in Entwicklungsländern, auch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Parallel zum ICSID-System existieren so genannte bilaterale Investitionsschutzverträge.“

SPRECHER:

Solche Verträge stellen sicher, dass Streitfälle vor einem ICSID-Tribunal verhandelt werden. Existierten 1989 lediglich 400 bilaterale Investitionsabkommen, so ist die Zahl inzwischen weltweit auf über 3000 geklettert.

MUSIK

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Typisch ist für diese Verträge: sie gewähren dem Investor bestimmte internationale Rechte und verlangen vom Staat Verpflichtungen.“

SPRECHER:

Investitionsverträge werden denn auch als Maßanzüge für Multis bezeichnet. Sie können gegen souveräne Staaten klagen. Umgekehrt ist das nicht möglich.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Wenn man sich die Geschichte von ICSID ansieht, dann sind es fast immer Unternehmen die Forderungen gegenüber Staaten erheben. Fast 97 Prozent aller Klagen gehen von ihnen aus.“

SPRECHER:

So Sebastian Valdomir. Der Soziologe arbeitet bei „Redes“ mit, der wohl wichtigsten sozialen Bewegung in Uruguay. Das „Netz der sozialen Ökologie“ entwickelt Programme zu Handel, Umwelt und Nachhaltigkeit. Sie lehnen das gegenwärtige

globale Wirtschaftsmodell ab. „Redes“ hat seit der Philip Morris-Klage das Washingtoner Schiedsgericht zu einem Themenschwerpunkt erhoben.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Die meisten Klagen bei ICSID haben mit einem Staat aus dem Süden und einem Unternehmen des Nordens zu tun.“

SPRECHER:

Es sind aber nicht nur bilaterale Verträge, die zur Investitionsfalle werden können. In multilateralen Abkommen, wie beispielsweise Freihandelsabkommen, steht der Investitionsschutz ebenso im Mittelpunkt.

MUSIK

SPRECHER:

Wird nun ein Streitfall nicht einvernehmlich beigelegt, so wird ein dreiköpfiges Tribunal gebildet. Es ist ein ad-hoc-Tribunal. Es wird nur für einen Fall gebildet und danach wieder aufgelöst. Kläger und Beklagter nominieren je einen Schlichter. Sie müssen sich dann auf eine dritte Person, den Präsidenten des Tribunals, einigen. Gelingt das nicht, bestimmt das ICSID den Präsidenten. Das ist im Falle Philip Morris versus Uruguay geschehen. Es kommt nicht selten vor, dass eine Regierung die Zuständigkeit von ICSID anzweifelt. Darüber muss dann das Tribunal entscheiden. Uruguay plädiert auf „Nicht zuständig“. Wenn sich das Tribunal für zuständig erklärt, kommt es zu Hearings. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die mangelnde Transparenz wird immer wieder kritisiert. Denn ob Papiere, Verfahren und Urteilsspruch geheim bleiben, darüber entscheidet das Tribunal. Wenn eine der Konfliktparteien die Veröffentlichung verweigert, bleibt alles unter Verschluss.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Der Schiedsspruch ist bindend. Man geht davon aus, dass die Regierung freiwillig den Schiedsspruch erfüllt, aber sie kann auch gezwungen werden. Im ICSID-Vertrag sind entsprechende Verfahren vorgesehen, mit dem das Urteil durchgesetzt wird - in Ländern, die den ICSID-Vertrag unterzeichnet haben.“

SPRECHER:

Der ganze Prozess kann zwei, aber auch fünf oder sechs Jahre dauern. Die Kosten können deshalb gewaltig steigen: Zinsen auf die Entschädigungssumme, Gebühren für ICSID, Honorare für Anwaltskanzleien fallen an. Anwälte verlangen bis zu 800 Dollar pro Stunde als Honorar.

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„ICSID verhängt millionenschwere Entschädigungen. Sie sind ein harter Schlag für die öffentlichen Finanzen. Deshalb wirkt allein schon die Drohung wie eine Bremse und verleitet dazu, die Interessen einer wirtschaftlichen Macht nicht anzutasten.“

SPRECHER:

Manchmal genügen schon Warnungen, die als Drohungen wahr genommen werden.

ATMO: Hafen

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Uruguay, ein Land der Häfen, hat den größten Containerplatz in Konzession an ein belgisches Unternehmen, an ‚Katoen Natie‘, vergeben. Das Unternehmen verwaltet den Containerterminal im Hafen von Montevideo. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 30 Jahren, Nach einiger Zeit erwog die Regierung die Möglichkeit eines zweiten Containerterminals, denn das Wirtschaftswachstum war beträchtlich.“

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2012

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

Die Antwort des belgischen Unternehmens: Als ihr den Vertrag mit uns unterzeichnet habt, gab es nur einen Containerterminal. Das Geschäft war also nur mir vorbehalten. Wenn ihr nun einen zweiten Terminal baut, muss ich mit diesem konkurrieren. Damit werden die ursprünglichen Bedingungen des gültigen Vertrages zwischen dem uruguayischen Staat und unserem Unternehmen verändert. Wenn ihr an diesem Plan festhaltet, wird das Unternehmen möglicherweise den uruguayischen Staat verklagen. Wir berufen uns dabei auf das Investitionsschutzabkommen zwischen Uruguay und Belgien-Luxemburg, das in den 90er Jahren unterzeichnet wurde.“

SPRECHER:

Sebastian Valdomir konzentriert sich bei „Redes“ auf Probleme mit Auslandsinvestitionen und internationalen Schiedsverfahren.

MUSIK

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Die Drohung von Unternehmen – das ist wie eine Waffe. Sie wird zu einem gewichtigen Argument. Warum? Ich sage dir: wenn du diese Politik einschlägst, kann ich dich verklagen. Ein souveräner Staat müsste dann eigentlich antworten: mach das ruhig, wir sehen uns vor Gericht wieder. Aber ein Staat mit relativ geringen Mitteln und wenig Macht sagt sich: nein, besser ich verfolge das nicht weiter und vermeide damit ein Problem mit einem Unternehmen, das zu den weltweit größten auf dem Gebiet der Hafenverwaltung gehört.“

SPRECHER:

Nach dem „Hinweis“ der belgischen Firma verzichtete Uruguay auf einen zweiten Terminal, wie Danilo Astori, Vizepräsident und früherer Wirtschaftsminister, bestätigt, wenn auch ein wenig gewunden.

O-TON: (Danilo Astori)

ÜBERSETZER:

„Sie haben den Vertrag, den sie mit Uruguay abgeschlossen haben, dahingehend interpretiert, dass Uruguay keinen weiteren Container-Terminal einrichten darf. Uruguay hat nun einen Weg eingeschlagen, der dem Problem aus dem Weg geht. Das Hafengelände von Montevideo wird auf einem nahe gelegenen Areal erweitert, aber ohne einen neuen Container-Terminal zu installieren.“

SPRECHER:

Viele Warnungen werden nie bekannt. Regierungen gehen in die Knie, weil sie die enormen Kosten scheuen. Oder weil sie befürchten, Investoren zu verscheuchen. Vor allem finanzschwache Länder wie Uruguay.

O-TON: (Danilo Astori)

ÜBERSETZER:

„Es gibt einige Länder, für die Auslandsinvestitionen wegen struktureller Merkmale unentbehrlich sind. Uruguay gehört dazu. Es sind Investitionen erforderlich, die sich mit nationalen Investitionen, ob öffentlichen oder privaten, nicht schaffen lassen.“

SPRECHER:

Brian Dunning:

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„In den Anfangsjahren gab es nur wenige Streitfälle. Aber in den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Fälle dramatisch erhöht. Es geht heute um mehrere hundert Fälle, die geschlichtet, gelöst oder noch offen sind.“

SPRECHER:

Von einem regelrechten Boom der Schiedsverfahren ist die Rede.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„ICSID ist eine Institution der neoliberalen Globalisierung, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder des Südens einschränkt.“

SPRECHER:

Urteilt Sebastian Valdomir von „Redes“.

In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ebnete eine neoliberale Privatisierungswelle dem Auslandskapital den Weg in Lateinamerika. Fast alle Länder des Subkontinents schlossen erstmals Investitionsschutzabkommen ab und traten ICSID bei. Mit einer Ausnahme: Brasilien. Die Gründe zählt Sebastian Valdomir auf:

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Brasilien hat einen der größten Märkte der Welt. Es hat eine große Bevölkerung, deren Konsum und Lebensniveau stark zunimmt. Das Land hat immense Naturressourcen, hat eine der größten Reserven an Biodiversität auf diesem Planeten. Der Investor hat zwar keine juristische Absicherung durch einen ICSID-Vertrag, aber er kommt dennoch, denn wenn er sein Unternehmen entsprechend den Gesetzen führt, kann er auch so gute Geschäfte machen.“

SPRECHER:

Brian Dunning äußert sich wie folgt:

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Ich kann nicht für die brasilianische Regierung sprechen, aber wenn mich mein Gefühl nicht trügt, dann ist Brasilien sehr, sehr stolz auf seine Souveränität. Und das Land achtet sehr darauf, wie viel sie von dieser Souveränität an die internationale Gemeinschaft abgibt. Ich denke im Falle von ICSID würde Brasilien wahrscheinlich

erklären: ‚Wir sind sehr vorsichtig, denn wir sehen einen bestimmten Grad von Vorurteilen gegenüber Staaten in den ICSID-Entscheidungen.‘ Darüber beklagen sich ja auch eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern.“

SPRECHER:

Patricia Sosa:

O-TON: (Patricia Sosa)

ÜBERSETZERIN:

„Wir beobachten nunmehr sehr genau alle Wirtschaftsabkommen, denn sie werden ständig als Instrumente, besonders von großen Konzernen, benutzt, um Druck auf Regierungen auszuüben, keine progressive Politik einzuschlagen.“

SPRECHER:

Heute sind in zahlreichen Ländern Südamerikas Regierungen im Amt, die den Neoliberalismus für gescheitert halten und einen alternativen Weg einschlagen möchten. Auch und vor allem in der Wirtschaft.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Aber nun stellt sich heraus, dass sie durch juristische Instrumente, die in den 90er Jahren unterzeichnet wurden, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt sind.“

SPRECHER:

Nach den neoliberalen Experimenten ist wieder mehr Staat gefragt. Die Streitfälle haben deshalb auch zugenommen.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Das ist bekanntermaßen auch darauf zurückzuführen, dass mehrere Regierungen, besonders in Lateinamerika, zahlreiche Industrien verstaatlicht haben.“

SPRECHER:

Nationale Verfassungen und Gesetze erlauben zumeist Enteignungen. Das wird von ICSID auch nicht in Frage gestellt.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Wenn der Staat allerdings eine Investition enteignet, muss er eine gerechte Kompensation für das enteignete Eigentum zahlen.“

SPRECHER:

Doch was gerecht ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Deshalb enden ja viele Fälle vor ICSID.“

SPRECHER:

Zuletzt hat der spanische Erdölkonzern „Repsol“ Klage bei ICSID gegen den argentinischen Staat erhoben. Der Grund: Seine Anteile am staatlichen Energiekonzern YPF wurden enteignet.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Argentinien hat den Ruf, Weltmeister der Klagen vor dem ICSID-Schiedsgericht zu sein.“

SPRECHER:

Die Schadenersatzforderungen werden auf bis zu 20 Milliarden Dollar geschätzt. Damit könnte man dreißig Jahre den Gesundheitsetat Argentiniens finanzieren. Die finanziellen Forderungen übertreffen häufig die ursprüngliche Investition um ein Mehrfaches, da auch zukünftig erwarteten Gewinne berechnet werden.

Über 40 Klagen sind beim Weltbankschiedsgericht anhängig. Es sind die schlimmsten Nachwehen der 90er Jahre, als der damalige Präsident Carlos Menem mit der neoliberalen Brechstange regierte. Verbunden mit dem Versprechen, Argentinien in die Erste Welt zu führen.

ATMO: (Wahlwerbung Carlos Menem)

SPRECHER:

Menem privatisierte Staatsunternehmen wie kein anderer. Große ausländische Konzerne rieben sich die Hände und kauften fast alles auf. Abgesichert nunmehr durch Investitionsschutzabkommen, die bis dahin am Rio de la Plata unbekannt waren. Menem hatte zudem die Parität zwischen Peso und Dollar dekretiert, beide Währungen hatten nun den gleichen Wert.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Die Unternehmen kassierten Wasser, Licht und Gas fortan nach dem ‚eins zu eins‘-System. Es war ein phantastisches Geschäft. Doch als dieses System zusammenbricht, erhalten sie nur noch einen Bruchteil in Dollar.“

ATMO: (Demonstration, Proteste, Trommeln)

SPRECHER:

Endlose Demonstrationzüge wälzten sich zur Casa Rosada, dem Präsidentenpalast. Die neoliberalen Jahre endeten in wirtschaftlichem und sozialem Ruin. Die Gleichsetzung mit der einheimischen Währung wurde bald wieder abgeschafft. Jetzt protestierten viele Unternehmer. Sie argumentierten, dass verletzt die vereinbarten Spielregeln, nach denen wir Geld investiert haben.

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„Als die Konvertibilität aufgehoben wurde, klopfen die Unternehmen bei der Regierung an, gewöhnt in Dollar zu kassieren und die Gewinne in Dollar ins Ausland zu transferieren: meine Herren, Sie müssen uns das eins-zu-eins-System garantieren. Sie wollten natürlich wie früher dieselbe Summe in Dollar, also eins-zu-eins, an ihre Mutterhäuser überweisen.“

SPRECHER:

Die Privatisierungspolitik und ihre Folgen haben viele Aktivisten sensibilisiert. Der so genannte Wasserkrieg in Bolivien war für Sebastian Valdomir der entscheidende Anstoß:

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Da haben wir begonnen, uns viel stärker mit Investitionsverträgen und ICSID zu beschäftigen.“

SPRECHER:

Bolivien galt lange als Musterschüler des Internationalen Währungsfonds. So wurde Ende der 90er Jahre die öffentliche Wasserversorgung in Cochabamba privatisiert. „Aguas del Tunari“, ein Firmenkonsortium, an der auch der US-Konzern „Bechtel“ beteiligt war, erhielt eine 40-jährige Monopolkonzession und eine jährliche Rendite von 15 bis 17 Prozent garantiert. Über den Fall ist ausführlich in Lateinamerika, aber auch in Deutschland berichtet worden. Zahlreiche soziale Bewegungen schlossen sich zum Protest gegen die Privatisierung zusammen.

ATMO: (Demo in Cochabamba, Bolivien)

SPRECHER:

Die Demonstrationen wurden immer heftiger. Cochabamba verwandelte sich in einen Kriegsschauplatz. Polizei und Militärs waren im Einsatz. Schüsse fielen.

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„Soziale Organisationen und Bewegungen sagten sich damals: dieses privatisierte Wassersystem, teuer, diskriminierend, rassistisch, darf nicht weiter existieren. Wir kämpfen dafür, dass dieses Unternehmen das Land verlässt. Es gab dann auch auf, aber es klagte. Es forderte eine Entschädigung, die das vom Unternehmen im Lande Investierte um tausend Prozent übersteigt.“

ATMO: (Wahlveranstaltung, Sprechchöre, Evo, Evo)

SPRECHER:

Seit 2006 regiert in Bolivien Evo Morales, ein Aymara-Indianer. Er will das Andenland von Grund auf verändern.

O-TON: (Evo Morales)

ÜBERSETZER:

“Was wir schon immer versprochen haben: Wir werden dem kolonialen Staat und neoliberalen Modell ein Ende bereiten.“

SPRECHER:

Guillermo Sullings:

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„Am 2. Mai 2007 schrieb der bolivianische Außenminister dem Präsidenten der Weltbank: Sein Land werde den ICSID-Vertrag aufkündigen, wie in Artikel 71 vorgesehen.“

SPRECHER:

Bolivien will nun alle Investitionsschutzabkommen neu verhandeln. Kontroversen sollen wie früher von nationalen Gerichten entschieden werden.

O-TON: (Guillermo Sullings)

ÜBERSETZER:

„Es ist unumgänglich, dass alle Länder der Region dem Beispiel Boliviens folgen.“

SPRECHER:

Bolivien war der erste südamerikanische Staat, der ICSID den Rücken kehrte. Zwei Jahre später sollte Ecuador dem Beispiel folgen. Auslöser waren ausländische Erdölmultis. Ecuador hatte die Konzession für den nordamerikanischen Konzern „Occidental“ aufgekündigt. Das Schiedsgericht in Washington verhängte daraufhin gegen den ecuatorianischen Staat eine Strafe von 1,7 Milliarden Dollar. Im Schiedsspruch hatte das ICSID-Tribunal ein Gesetz in Ecuador als zu hart kritisiert. Das war für Ecuadors Regierung eine Einmischung in innere Angelegenheiten. Ein souveränes Land könne das nicht eine Minute lang tolerieren, schäumte Ecuadors Präsident Rafael Correa.

O-TON: (Pedro Paez)

ÜBERSETZER:

„Es ist notwendig, unsere eigenen regionalen Mechanismen und Institutionen aufzubauen – mit absoluter Transparenz.“

„Wir sollten dabei das Thema der juristischen Sicherheit aufgreifen – und zwar in seiner ganzen Tragweite. Es geht dann nicht nur um die juristische Sicherheit für das große Kapital, sondern auch um die juristische Sicherheit von Menschen. Das heißt die Rechte der Menschen zu respektieren, ihre wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte.“

SPRECHER:

Pedro Paez ist Mitglied der „Präsidialen Kommission für eine neue Finanzarchitektur“ in Ecuador. Er wirbt auf einer Veranstaltung von sozialen Bewegungen für ein südamerikanisches Schiedsgericht. Auch Uruguays Regierung hofft auf eine neue Institution, die auch das Recht auf Gesundheit schützt. Winston Abascal, Direktor im Gesundheitsministerium:

O-TON: (Winston Abascal)

ÜBERSETZER:

„Wenn dieses souveräne Recht von einem multinationalen Unternehmen, das ein nachweislich gesundheitsschädigendes Produkt verkauft, in Zweifel gezogen wird, dann sind wir in einer äußerst irrsinnigen Welt angelangt. Dann gehen uns Werte verloren.“

SPRECHER:

Der Streitfall zwischen Uruguay und „Philip Morris“ hat grundsätzliche Bedeutung. Die bislang unbeantwortete Frage heißt: Wie weit können und dürfen geschäftliche Interessen und Investitionsschutz andere politische Entscheidungen aushebeln? Sebastian Valdomir:

O-TON: (Sebastian Valdomir)

ÜBERSETZER:

„In diesem Fall geht es um die Gesundheit. Aber es kann auch die Arbeitsgesetzgebung treffen, die Umweltpolitik, die Industriepolitik, Entwicklungspolitik für bestimmte Teile der Bevölkerung.“

SPRECHER:

Wenn ein Staat den Arbeitsschutz verbessert, könnte dann ein Multi vom Staat eine Kompensation für zusätzliche Kosten einklagen?

Oder: Als ICSID gegründet wurde, spielten Umweltauflagen keine große Rolle.

Brian Dunning räumt ein:

© Westdeutscher Rundfunk Köln 2012

Dieses Manuskript einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des WDR unzulässig. Insbesondere darf das Manuskript weder vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben (z.B. gesendet oder öffentlich zugänglich gemacht) werden.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Plötzlich wird man gewahr, dass wir eine saubere Umwelt für unsere Zukunft benötigen. Davon hängen wir ab. Hier leben indianische Völker, die darauf bauen. Wir haben eine Landwirtschaft, die darauf aufbaut. Das ist eine Sache, die in der Entwicklung begriffen ist. Das ist ein sehr wichtiges Thema, das da hochkommt.“

ATMO: Urwald

SPRECHER:

Ecuador hat Rechte der Natur in seiner neuen, von der Bevölkerung in einer Volksabstimmung angenommenen, Verfassung verankert, auch um die Umwelt zu schützen.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Wenn das Recht der Natur mit bilateralen Investitionsabkommen in Konflikt gerät, wie kann man diese beiden Dinge unter einen Hut bringen?“

SPRECHER:

Es gibt eine Reihe von internationalen Verträgen und UNO-Konventionen, die Konflikte in sich bergen. Beispielsweise das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Ein Vertrag verteidigt das Recht auf Investitionsschutz, der andere untersagt, gewisse Emissionsstandard zu verletzen. Wie lösen Sie das Problem?“

SPRECHER:

Bilaterale Investitionsschutzabkommen und ICSID kämen an diesen Fragen bald nicht mehr vorbei, ist Brian Dunning überzeugt.

O-TON: (Brian Dunning)

ÜBERSETZER:

„Es wird interessant sein zu beobachten, ob sich das ICSID-System irgendwie weiter entwickelt und diese Art von Forderungen nach Menschen-, Umwelt- und Meeresrechten, die sich aus einer Reihe von Seerechtsverträgen herleiten, einbezieht oder ob sich daraus weitere Spannungen im ICSID-System entwickeln. Das ist durchaus möglich. Sicherlich ist es eine Frage, über die es sich lohnt nachzudenken.“

SPRECHER:

Vielleicht auch in der Bundesrepublik Deutschland, die zu den Gründungsmitgliedern von ICSID zählt. Als Reaktion auf die Atomkatastrophe in Fukushima hatte die Bundesregierung mehrere Atommeiler, darunter zwei Vattenfall-Kraftwerke, stilllegen lassen. Der schwedische Energiekonzern „Vattenfall“ klagte daraufhin in Washington. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldete am 5. Mai 2012:

ZITAT:

„Der Energieriese Vattenfall hat in der Milliardenauseinandersetzung um das beschleunigte Abschalten deutscher Atomkraftwerke das internationale Schiedsgericht ICSID in den USA angerufen... Nach früheren Unternehmensangaben entsteht Vattenfall durch die Stilllegung der beiden norddeutschen Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel etwa ein Schaden von einer Million Euro am Tag. Vattenfall respektiere die Entscheidung für den Atomausstieg, erwarte aber eine Entschädigung, bestätigte der Sprecher weiter.“

ERZÄHLER:

Auch in diesem Fall geht es um Sicherheit, Umwelt und Gesundheit der eigenen Bevölkerung.

ATMO: (Restaurant Bacacay)

O-TON: (Regina Rebmann, deutsch)

„Also, es geht ja nicht nur ums Geschäft, es geht ja um die Gesundheit der Leute.“

SPRECHER:

Da kann Uruguay eine positive Bilanz ziehen. Eine Studie von CIET belegt den Erfolg der rigorosen Antitabak-Kampagne

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Sie untersucht den Zeitraum vor und nach dem Verbot, in geschlossenen öffentlichen Räumen zu rauchen. Sie beweist, dass nicht erst in Jahren, sondern von einem Monat auf den anderen 22 Prozent weniger Menschen mit akuten Herzinfarkten in Krankenhäuser eingeliefert wurden.“

ATMO: (Restaurant Bacacay)

SPRECHER:

Die Befürchtung, dass Restaurants und Bars sich leeren würden, hat sich nicht bewahrheitet. Der Umsatz ist im „Bacacay“ von Regina Rebmann nicht eingebrochen. Die ehemalige Raucherin kann der Klage von Philip Morris nichts Positives abgewinnen.

O-TON: (Regina Rebmann, deutsch)

„Da ist ein Riesenkonzern gegen ein kleines Land, das versucht, seine Kosten im Gesundheitswesen zu dämpfen. Wir schwimmen ja nicht im Geld. Und wenn ein so kleines Land so große Anstrengungen macht, was zu verbessern und seine Kosten zu dämpfen und seine Bevölkerung zu schützen oder aufzuklären, dann finde ich das einfach nicht richtig.“

MUSIK: (Tobacco-Lied: „... tobaco...tobaco...tobaco“)

O-TON: (Eduardo Bianco)

ÜBERSETZER:

„Man spricht auch von der Rache der Indianer. Der Tabak war ihre Rache.“

MUSIK

ABSAGE:

David Uruguay versus Goliath Philip Morris.

Kleines Land stellt sich gegen Tabakriesen.

Ein Feature von Karl-Ludolf Hübener.

Es sprachen:

Hartmut Stahnke

Jochen Langner

Fiona Metscher

Claudia Matschulla

und Christa Maria Greve

Technische Realisation: Wolfgang Mertens

Regieassistentz: Ellen Versteegen

Regie: Fabian von Freier

Redaktion: Frank Christian Starke

Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks mit dem Deutschlandfunk 2012.